

Die Kohlennot.

Keine Aenderung der Lage.

In Wien waren gestern Nachrichten verbreitet, wonach die Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Regierung bezüglich der Ausfuhr und Durchfuhr von Kohlen bereits abgeschlossen und zu einem befriedigenden Ergebnis gelangt seien. Im Staatsamt für öffentliche Arbeiten wurde uns jedoch mitgeteilt, diese Nachrichten seien zumindest verfrüht. Die Kohlenfrage, die heute infolge ihrer überragenden Wichtigkeit im Vordergrund aller Wirtschaftsangelegenheiten steht, bildete gestern den ganzen Tag über den Gegenstand vielfacher Beratungen, doch sind sie bisher nicht abgeschlossen.

Von Seite der tschecho-slowakischen Regierung liegen vorderhand nur mündliche Zusicherungen vor, und auch diese erstrecken sich nur auf die Durchfuhr ober-schlesischer Kohle; bezüglich der Kohle aus dem Ostrau-Karwiner Bezirk stehen die Verhandlungen nach wie vor ungünstig. Die tschecho-slowakische Regierung läßt an Ostrauer Kohle nur die für den Bahnbetrieb nötigen Sendungen passieren, und auch diese in unzulänglichem Ausmaß. An Hausbrand- und Industrie-Kohle kommt nur das hiesige, was aus dem nordböhmischen Rezerden abgelassen wird; es ist dies so wenig, daß es ausgeschlossen erscheint, damit das Auslangen zu finden.

Heute begaben sich Vertreter der Nationalregierung nach Prag, wo Beratungen mit den Vertretern der tschecho-slowakischen Regierung stattfinden. Von ihrem Ergebnis wird es abhängen, wie sich für Wien und Deutschösterreich die Kohlenversorgung in Zukunft gestalten wird.

Die Wirkung der Sparmaßregeln.

Die Bilanz des ersten Tages der Sparmaßnahmen war, wie bekannt, nicht günstig; die Ersparnisse, die durch die Beschränkung des Gases und der elektrischen Kraft erzielt werden, waren gering im Vergleich zu den empfindlichen Schädigungen, die der Allgemeinheit und insbesondere der Geschäftswelt zugefügt werden. Es hat den Anschein, daß die Bevölkerung bei der Verwendung von Gas und Elektrizität nicht jene freiwilligen Beschränkungen sich auferlegt, die unerlässlich sind. Da daran auch die Androhung von Strafen nichts ändern dürfte, wird die Gemeinde Wien im Notfall zu schärferen Absperrungsmaßnahmen schreiten müssen.

Die Geschäftsleute äußern sich über die Wirkung des frühen Schlusses im allgemeinen pessimistisch. Die durchlaufende Arbeitszeit mit Wegfall der Mittagspause würde eine große Erleichterung bedeuten, allerdings ist bei der heute so schwierigen Beschaffung von Lebensmitteln und der Unmöglichkeit, um 4 Uhr etwas zu essen zu bekommen, die Durchführung dieser Aenderung sehr erschwert.